

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2024 in Thüringen

Einleitung

Der Landesseniorenrat Thüringen ist ein Gremium der Meinungsbildung, Interessenvertretung sowie des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Seniorenpolitik. Er besteht aus den Seniorenbeauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte sowie bis zu zehn berufenen Personen. Der LSR vertritt die Interessen der Menschen über 60 Jahre und unterstützt die Arbeit der Seniorenbeauftragten und -beiräte auf kommunaler Ebene. Die Seniorenbeauftragten und -beiräte sind die Ansprechpersonen für Anliegen, Probleme und Anregungen der Senior:innen vor Ort.

Das Jahr 2024 bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich: Kriege, Klimakrise, Gefährdung demokratischer Strukturen durch rechtsextreme Gruppierungen, fehlende Pflegeangebote und medizinische Versorgungsprobleme. Die ältere Bevölkerung will ihren Teil zum Lösen dieser Problemlagen beitragen. Angesichts der demographischen Entwicklung in Thüringen, aber auch in ganz Deutschland, werden die anstehenden politischen und gesellschaftlichen Aufgaben nicht ohne die Potentiale von Senior:innen zu bewältigen sein.

In einem Flächenland wie Thüringen ist es von überaus großer Bedeutung, dass gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden. Ländliche Räume in Thüringen weisen häufig schwache Strukturen in der Daseinsvorsorge wie z. B. in der Grundversorgung durch Einkaufsmöglichkeiten, Apotheken und Schulen, Kulturangebote oder auch durch einen nicht oder kaum vorhandenen ÖPNV auf. Die Benachteiligung des ländlichen Raumes hat starke negative Auswirkungen auf Teilhabe, Zugehörigkeit und Zusammenhalt. Aus diesem Grund fordert der Landesseniorenrat Thüringen alle zur Landtagswahl antretenden Parteien auf, sich dem ländlichen Raum im besonderen Maße zu widmen und bei allen politischen Entscheidungen strukturschwache Regionen mitzudenken.

Die folgenden Wahlprüfsteine beziehen sich auf Themenfelder, die uns für die kommende Zeit am relevantesten erscheinen.

Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe wahr- und ernstnehmen, rechtliche Grundlagen schaffen und die Rechte Älterer stärken

Senior:innen sind eine wachsende Bevölkerungsgruppe, deren Erfahrungen und Kompetenzen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. Dabei obliegt es maßgeblich der Landespolitik, Rahmenbedingungen für Ältere zu schaffen, die ein gutes und gesundes Altern ermöglichen. Dabei stehen den politischen Verantwortlichen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung.

1. Im Jahr 2023 wurde das Thüringer Seniorenmitwirkungs- und Beteiligungsgesetz (ThürSenMitwBetG) evaluiert. Die Evaluationen ergab, dass die Novellierung des ThürSenMitwBetG im Jahr 2019 bereits Verbesserungen mit sich brachte. Allerdings kommt der Bericht zu dem Schluss, dass eine weitere Novellierung des Gesetzes von Nöten ist. So sollte bspw. eine verpflichtende Etablierung von Seniorenbeiräten für Gemeinden ab 5.000 Einwohner:innen, verbindlichere Formulierungen und konkrete Benennung von Tätigkeitsbereichen in der Verwaltung mit aufgenommen werden.
Wie stehen Sie zu einer Novellierung des ThürSenMitwBetG und welche Änderungen würden Sie vornehmen?
2. Im Zentrum von Seniorenpolitik steht die Wahrung der Würde und der Rechte älterer Menschen. Die Bedarfe und das Interesse Älterer müssen in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Dabei ist zu beachten, dass Alter heterogen ist und der Prozess des Alterns sehr unterschiedlich verläuft. Älteren Menschen darf in keinem Fall pauschal eine Hilflosigkeit oder Bedürftigkeit unterstellt werden. Die Vielfalt des Alters ist überall mitzudenken. Viele Senior:innen sehen sich vielfach mit negativen Altersbildern und Altersdiskriminierung konfrontiert.
Wie stehen Sie dazu, dass Diskriminierung aufgrund des Lebensalters in der Landesverfassung ausdrücklich verboten wird? Wie wollen Sie gegen Altersdiskriminierung vorgehen?
3. Für eine bedarfsgerechte Seniorenpolitik auf Landes- und kommunaler Ebene braucht es Wissen zu tatsächlichen Lebenslagen und Bedarfen der älteren Bevölkerung vor Ort. Um eine gute Angebotsstruktur und -qualität in den Kommunen herstellen zu können, sollte es eine Altenhilfeplanung auf Grundlage solider Daten geben.
Wie stehen Sie zu dem Vorhaben einer verpflichtenden kommunalen Altenhilfeplanung?
4. Die Landesprogramme LSZ und AGATHE zeigen an vielen Stellen große Erfolge. Wie bewerten Sie diese Programme und welches Vorgehen verfolgen Sie in Bezug auf deren Weiterführung?
5. Der Einsatz von Sozialplanenden in Thüringen hat sich mehr als bewährt. Wollen Sie die Stellen in der Sozialplanung ausbauen? Welche Standards werden Sie auf kommunaler Ebene festschreiben für die Sozialplanung? Wie stellen Sie sicher, dass die Anliegen von Senior:innen stets im Blick behalten werden?

Lebenslanges Lernen

Bildung ist der Schlüssel zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe; und das in jedem Alter. Eine Landesseniorenpolitik muss den Zugang zu Bildung für Ältere gewährleisten.

1. Wie wollen Sie Bildung für Ältere sicherstellen? Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen bedarf es, damit Bildung für Ältere auch in ländlichen Gebieten abgesichert werden kann?
2. Wie wollen Sie die altersspezifischen didaktischen Kompetenzen bei Bildungsanbieter:innen fördern?
3. Haben Sie Konzepte, um die Erwachsenenbildung, insbesondere für Menschen in der Nacherwerbsphase, auszuweiten?

Digitalisierung und Medienkompetenz

Die Ambivalenz der Digitalisierung bekommt der LSR und seine Mitglieder tagtäglich zu spüren. Zum einen bietet Digitalisierung eine große Chance und wir sprechen uns ausdrücklich für den Ausbau digitaler Grundversorgung mit Netzausbau und WLAN aus. Zum anderen befinden sich unter den älteren Menschen noch viele, die nicht oder nur unzureichend über digitale Kompetenzen verfügen. Das kann Teilhabebeschränkungen hervorrufen oder deutlich verschärfen. Der Thüringen Monitor 2024 hat deutlich hervorgehoben, dass fehlende Medienkompetenz zu einem Demokratieproblem werden kann.

Seitens der Landespolitik müssen klare Handlungsanweisungen an die Kommunen gerichtet werden, damit die Digitalisierung bürgernaher Dienste und Informationen nicht zu Exklusion führt. Gleichzeitig müssen die Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz ausgebaut werden.

1. Wie werden Sie sicherstellen, dass neben digitalen Angeboten und Informationen stets auch analoge Zugangsmöglichkeiten geschaffen oder erhalten bleiben?
2. Welcher Stellenwert hat Digitalisierung für Sie und welche Ziele haben Sie sich diesbezüglich gesetzt?
3. Wie stellen Sie sicher, dass Menschen befähigt werden, digitale Angebote zu nutzen?

Pflege

Die pflegerische Versorgung ist ein wichtiger Aspekt für hochaltrige Menschen und pflegende Angehörige. Aufgrund von Fachkräftemangel, Ökonomisierung, Trägheit der politischen Entscheider:innen u. v. a. m. ist die pflegerische Versorgung an vielen Stellen mangelhaft. Wir fordern, dass Menschen mit Pflegebedarf und Pflegenden in den Mittelpunkt einer zu formulierenden Landespflegepolitik gestellt werden. Notwendig ist eine ganzheitliche Wahrnehmung von Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen, die deren Leben nicht auf die Pflege reduziert. Notwendig ist des Weiteren auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention eine inklusive Pflegepolitik, die die individuellen Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen wahr- und ernstnimmt. Vor diesem Hintergrund muss es eine Planungsverpflichtung für das Land und die Kommunen geben, die in einem Alten- und Pflegegesetz geregelt werden könnte. Eine adäquate Bedarfserhebung ist Voraussetzung für die Formulierung einer modernen Pflegepolitik, die in Thüringen nicht konturiert

und formuliert ist. Es fehlen politische Leitziele, eine Pflegestrategie und Maßnahmen, die koordiniert umgesetzt werden.

1. Zur adäquaten Bedarfserhebung eignet sich eine Pflegeberichterstattung und -bedarfsplanung. Wie stehen Sie zu der Forderung der Etablierung dieser beiden Instrumente?
2. Nach dem Vorbild des Landesprogramms für solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) sollte ein Landesprogramm für Pflege etabliert werden. Angesichts der gravierenden Herausforderungen in der Pflege, der existentiellen Lebenslagen im hohen Alter, der Bedeutung der Sorgearbeit von pflegenden Angehörigen bei extremsten Belastungen sowie der dem Pflegebereich inhärenten Logik ist ein vergleichbares Landesprogramm für Pflege sinnvoll, das die Absicherung einer ergänzenden Pflegeinfrastruktur, die Unterstützung neuer Versorgungs- und Wohnformen sowie die Unterstützung von pflegenden Angehörigen zum Ziel hat.
Werden Sie ein Landesprogramm für Pflege etablieren, das die Erkenntnisse der Zukunftswerkstatt Pflege (Werkstatt ZUKUNFT.GESUNDHEIT.THÜRINGEN.2030) aus den Jahren 2023 und 2024 miteinschließt?
3. Die Interessenvertretungen für Pflegebedürftige und Pflegende muss gestärkt werden. Notwendig ist, dass die Interessenvertretung von Menschen mit Pflegebedarf und pflegenden Angehörigen gesetzlich geregelt und gestärkt wird. Sie kann explizit im Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren und im Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen geregelt werden. Alternativ und besser: in einem Altersstruktur- oder Pflegegesetz. Welche Maßnahmen planen Sie zur Interessenvertretung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen?
4. Zudem fordern wir, dass ein landespolitisch relevantes Gremium etabliert wird, das auf Pflegepolitik Einfluss nehmen kann: Deshalb bedarf es einer Landespflegekonferenz, die explizit politisch agiert, die dauerhaft etabliert und gesetzlich geregelt ist, die sich um existentielle Belange von Menschen auf einer politischen Ebene kümmert und die dem Gesetzgeber entsprechende strategische Optionen offeriert. Ihr gehören außer den Leistungserbringern und den Pflegekassen vor allem kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Interessenvertretungen an, des Weiteren aber auch Vertreter der Hausärzte und Krankenhäuser. Anliegen einer Landespflegekonferenz wäre die Diskussion einer modernen, präventions- und inklusionsorientierten, auf die Rolle der Kommunen orientierenden Pflegepolitik mit dem Fokus auf deren kommunale Verantwortung in der Pflege und entsprechende Politikempfehlungen.
Wie stehen Sie zur Etablierung einer Landespflegekonferenz?

Prävention und Gesundheit

Alle Menschen wünschen sich, gesund alt zu werden. Dafür bedarf es Prävention und Gesundheitsförderung, aber auch einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung.

1. Auch im Präventions- und Gesundheitsbereich bedarf einer nach Altersgruppen differenzierten, regelmäßigen statistische Erfassung der existierenden Bedarfslagen, um eine passgenaue Gesundheitspolitik zu betreiben.
Wie stehen Sie zu einer Gesundheitsberichterstattung?
2. Welche Maßnahmen und Regelungen wollen Sie ergreifen, um telemedizinische Angebote in Thüringen zu verbreiten?
3. Wie stehen Sie zum Aufbau lokaler Gesundheitszentren und/oder der Etablierung von Gemeindeschwestern?
4. Die Sorge um die Schließung von Krankenhäusern treibt viele Menschen um. Was wollen Sie für den Erhalt der Krankhäuser in Thüringen tun?
5. Viele medizinische Einrichtungen sind nicht barrierefrei zugänglich. Wie wollen Sie dieses Problem angehen?
6. Wollen Sie die Thüringer Präventionsketten weiterentwickeln und ‚bis zum Ende denken‘, sodass in diesen auch Senior:innen adressiert werden?

Bürgerschaftliches Engagement

Der zivilgesellschaftliche Einsatz von Senior:innen ist in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Mit ihrem Einsatz übernehmen sie Verantwortung und tragen aktiv zu einem guten Leben in Stadt und Land bei. Engagement stärkt solidarischen Zusammenhalt.

1. Wie wollen Sie ehrenamtliches Engagement stärken und fördern?
2. Vor allem bürokratische Hürden stellen ein großes Hindernis und oft auch Ärgernis für Ehrenamtliche dar. Wie können diese abgebaut werden?

Wohnen

Ältere Menschen wollen möglichst lange zu Hause wohnen bleiben. Bei vielen Älteren kommt der Wohnung und dem naheliegenden Umfeld ein besonderer Stellenwert zu, da sie für viele der Lebensmittelpunkt ist.

1. Welche Vorhaben haben Sie in Bezug auf eine (altersgerechte) Quartiersentwicklung?
2. Welche Anstrengungen wollen Sie unternehmen, um bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum zu schaffen?

Stärkung demokratischer Strukturen

Verschiedene Studien zeigen, dass sich rechtsextrêmes Gedankengut immer weiter ausbreitet und zunehmend zu einer Gefahr für die Demokratie wird.

1. Was tun Sie gegen den anwachsenden Rechtsextremismus?
2. Wie wollen Sie sich gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Diskriminierungsformen einsetzen, die eine besondere Bedrohung für die Demokratie sind?

Zur Erstellung der Wahlprüfsteine

- Sammlung der Anliegen der Seniorenbeauftragten und -beiräte in verschiedenen Veranstaltungen
- Erarbeitung der Wahlprüfsteine in der Geschäftsstelle
- Vorstellung und Überarbeitung der Wahlprüfsteine bei der Klausurtagung 04.2024
- Beschluss der Wahlprüfsteine bei der Mitgliederversammlung 06.2024

